

Der EAK-Bezirksvorstand Niederrhein beantragt einstimmig, die EAK-Landesdelegiertenversammlung der CDU NRW wolle beschließen:

Beendigung der Beitrittsverhandlungen der Europäischen Union mit der Türkei

- 1. Der EAK der CDU NRW billigt ausdrücklich die Haltung der Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, die Verhandlungen über eine Ausweitung der bestehenden Zollunion zwischen der EU und der Türkei unter den derzeitigen Bedingungen nicht fortzuführen.*
- 2. Die Bundesregierung wird aufgefordert, auf europäischer Ebene darauf hinzuwirken, die Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei über einen EU-Beitritt der Türkei definitiv abzubrechen.*
- 3. In unmittelbarem Zusammenhang mit diesem Schritt hat die Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass die finanziellen Vor-Beitrittshilfen der Europäischen Union an die Türkei eingestellt werden.*

Begründung:

Die Türkei ist geographisch ganz überwiegend kein europäisches Land. Ungeachtet der Übernahme von Institutionen der westlichen Demokratien in ihr politisches System ist sie kulturell nicht christlich-abendländisch geprägt. Die EU ist bisher davon ausgegangen, dass diese Unterschiede einer Aufnahme in die EU nicht entgegenstehen müssen, wenn insgesamt die Bedingungen für einen Beitritt erfüllt sind. Dementsprechend hat die EU seit über zehn Jahren Beitrittsverhandlungen mit der Türkei geführt – in der Erwartung insbesondere, dass sich das Land den für uns wichtigen Standards eines demokratischen Gemeinwesens nähert. Genau das Gegenteil ist in der jüngsten Vergangenheit eingetreten.

Das Christentum kann sich in der Türkei nicht frei entfalten. Auch wenn anzuerkennen ist, dass während der NS-Zeit manche verfolgte Deutsche in der Türkei Aufnahme gefunden haben, bleibt der langfristig bedeutsame Tatbestand, dass die Türkei an der europäischen Aufklärung keinen Anteil gehabt hat. In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg hat es eine Reihe von Militärputschen und -interventionen sowie Putschversuchen gegeben (1960, 1971, 1980, 1997, 2016). Dies passt nicht zu einer gefestigten westlichen Demokratie, wie sie für jedes Mitgliedsland der Europäischen Union vorausgesetzt werden muss. Hinzu kommen in jüngerer Zeit fortgesetzte Behinderungen der Justiz und die per Referendum gebilligte Änderung der türkischen Verfassung zugunsten des Staatspräsidenten. Unabhängig von der Person des aktuellen Amtsinhabers, Recep Tayyip Erdoğans, bestehen daher strukturelle Gründe, die einem EU-Beitritt der Türkei entgegenstehen. Da im Laufe der bisherigen Beitrittsverhandlungen eine zunehmende Entfremdung des Landes von europäischen Standards eingetreten ist, hat sich der vielfach behauptete positive Einfluss der Verhandlungen auf die innenpolitische Entwicklung der Türkei nicht bestätigt. Hieraus sind nunmehr die Konsequenzen zu ziehen.

Als Antrag einstimmig beschlossen auf der Sitzung

des EAK-Bezirksvorstands Niederrhein am 18. Oktober 2017 in Mönchengladbach.

F.d.R. Prof. Dr. Jürgen Plöhn, EAK-Bezirksvorsitzender